

Kurzprotokoll der Januarsession 2006

Übersicht

Am Montag, Dienstag und Mittwoch, dem 16., 17. und 18. Januar 2006, fand unter dem Vorsitz von Guido Müller, Honau, eine Session des Grossen Rates statt.

Der Grosse Rat verabschiedete zwei Varianten von Änderungen des Ruhetags- und Ladenschlussgesetzes und unterstellte sie der Volksabstimmung. In 1. Beratung behandelte der Grosse Rat den Entwurf eines Statistikgesetzes sowie eine Änderung des Gesetzes über den Feuerschutz. Ferner genehmigte der Rat mit Grossratsbeschluss eine Änderung der Verordnung über die Luzerner Pensionskasse. Die von der Regierung beantragte Fristverlängerung zur Behandlung der Volksinitiative „Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen“ lehnte er hingegen ab. Gegen den Antrag der Regierung stellte sich der Rat auch bei der Volksinitiative zur Stärkung der Familie „Ja zur Familie“, welche er annahm. Mit Dekret bewilligte der Grosse Rat sodann einen Sonderkredit für die Miete von neuen Räumen für die Studien- und Berufsberatung in Luzern. Weiter nahm er einen Bericht über den neuen Lohnausweis zur Kenntnis.

Der Rat vereidigte zwei neue Grossratsmitglieder, wählte diese in ständige Kommissionen, wies vier Sachgeschäfte ständigen Kommissionen zur Vorberatung zu und behandelte eine Petition und 78 parlamentarische Vorstösse. Eröffnet wurde der Eingang einer Petition und von 15 parlamentarischen Vorstössen. Die für einen Vorstoss beantragte dringliche Behandlung wurde abgelehnt. Zwei Motionen wurden zurückgezogen.

Von den 92 traktandierten Geschäften konnten 3 nicht behandelt werden.

Rechtsetzung

Ruhetags- und Ladenschlussgesetz. Die Entwürfe von Änderungen des Ruhetags- und Ladenschlussgesetzes gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 18. Oktober 2005 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 43 vom 29. Oktober 2005, S. 2666) wurden in 2. Beratung behandelt (Kommission Wirtschaft und Abgaben unter dem Vorsitz von Bruno Schmid, Flühli) und mit 85 gegen 22 Stimmen gutgeheissen. Der Grosse Rat nahm zu den vom Regierungsrat vorgeschlagenen zwei Varianten für Liberalisierungen bei den Ladenöffnungszeiten nicht Stellung. Er beschloss, dem Stimmvolk die beiden Varianten zur Abstimmung zu unterbreiten. Bei Variante 1 sollen die gesetzlichen Ladenschliessungszeiten an Werktagen aufgehoben werden. Variante 2 sieht von Montag bis Freitag einen Ladenschluss um spätestens 20 Uhr, an Samstagen sowie vor hohen Feiertagen und vor Neujahr um 17 Uhr und vor den übrigen Feiertagen um spätestens 18.30 Uhr vor. Die Gesetzesänderung tritt am 1. August 2006 in Kraft.

Statistikgesetz. Der Entwurf eines Statistikgesetzes gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 19. April 2005 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 21 vom 28. Mai 2005, S. 1324) wurde in 1. Beratung behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Walter Häcki, Luzern) und gutgeheissen. Das Statistikgesetz ist ein knappes und übersichtliches Rahmengesetz. Es beruht auf den folgenden Eckpfeilern: Statistik ist eine unabdingbare eigenständige Staatsaufgabe, welche für eine effiziente und transparente Staatsführung wichtig ist; eine fachlich unabhängige zentrale Statistikstelle gewährleistet die Einhaltung der Neutralität und der Qualität; das Statistikgesetz ermöglicht die Entwicklung hin zu einer interkantonalen Statistikstelle; durch eine Meldepflicht der kantonalen Verwaltungseinheiten und die Koordination aller statistischen Erhebungen bei der zentralen Statistikstelle können Doppelspurigkeiten vermieden werden; das Weisungsrecht der zentralen Statistikstelle erlaubt die Durchsetzung einheitlicher Qualitätsstandards sowie von Bezeichnungen und Begriffen; die Statistikstelle erarbeitet ein Mehrjahresprogramm für die Planung und Steuerung der öffentlichen Statistik; eine Fachstelle überprüft die Tätigkeiten der zentralen Statistikstelle; das Statistikgesetz gewährt den zentralen Zugang zu den statistischen Ergebnissen; die Bearbeitung der Daten untersteht den gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Thomas Willi, Emmen) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Gesetz über den Feuerschutz. Der Entwurf einer Änderung des Gesetzes über den Feuerschutz gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 24. Mai 2005 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 24 vom 18. Juni 2005, S. 1530) wurde in 1. Beratung behandelt (Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie unter dem Vorsitz von Pius Höltschi, Aesch) und gutgeheissen. Die Änderung betrifft zwei Teilbereiche: Im Gesetz sollen zum einen die nicht mehr notwendigen Bestimmungen über den vorbeugenden Brandschutz gestrichen werden, zum anderen sollen behinderte Personen mit beschränkter wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit von der Feuerwehersatzabgabepflicht befreit werden. Damit wird das Gesetz über den Feuerschutz an die eidgenössische Regelung bei der Wehrpflichtersatzabgabe angeglichen. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Thomas Willi, Emmen) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Verordnung über die Luzerner Pensionskasse. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung einer Änderung der Verordnung über die Luzerner Pensionskasse gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 27. September 2005 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 43 vom 29. Oktober 2005, S. 2662) wurde behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Walter Häcki, Luzern) und gutgeheissen. Die gestiegene Lebenserwartung ihrer Mitglieder zwingt die Luzerner Pensionskasse (LUPK), ihre Umwandlungssätze zu senken. Mit der Senkung der Umwandlungssätze wird verhindert, dass zu hohe Renten ausgerichtet werden, die nicht finanziert sind. Um die Senkung der Umwandlungssätze teilweise zu kompensieren, werden die Altersgutschriften erhöht. Diese Erhöhung der Altersgutschriften wird durch eine Erhöhung der Arbeitgeber-

und der Arbeitnehmerbeiträge um je rund 6,5 Prozent finanziert, was zu jährlichen Mehrkosten von 6,1 Millionen Franken für die Arbeitgeber und von 4,3 Millionen Franken für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führt. Die Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge bedurfte der Genehmigung durch den Grossen Rat. Die Änderung der Verordnung trat auf den 1. Januar 2006 in Kraft (Senkung Umwandlungssätze) beziehungsweise wird auf den 1. Januar 2007 (Erhöhung Altersgutschriften und Erhöhung Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge) in Kraft treten.

Volksinitiative „Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen“. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Verlängerung der Frist zur Behandlung der Volksinitiative „Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen“ gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 2. November 2005 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 47 vom 26. November 2005, S. 2897) wurde behandelt (Kommission Wirtschaft und Abgaben unter dem Vorsitz von Bruno Schmid, Flühli) und abgelehnt. Der Grosse Rat entschied sich somit gegen den Antrag des Regierungsrates, der die Frist zur Behandlung der Volksinitiative „Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen“ um ein Jahr verlängern wollte.

Volksinitiative „Ja zur Familie“. Die Entwürfe eines Grossratsbeschlusses über die Volksinitiative zur Stärkung der Familie „Ja zur Familie“ sowie einer Änderung der Staatsverfassung gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 5. Juli 2005 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 31 vom 6. August 2005, S. 1941) wurden behandelt (Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit unter dem Vorsitz von Ruth Fuchs, Schwarzenberg). Der Grosse Rat nahm die Volksinitiative entgegen dem Antrag der Regierung an. Er stellte sich damit auch gegen die von der Regierung ausgearbeitete Änderung der Staatsverfassung, die dem Grossen Rat als Gegenentwurf zur Volksinitiative unterbreitet wurde. Nach den Forderungen der Initiative sollen in der Verfassung Bestimmungen geschaffen werden, die erstens ein Bekenntnis zur Familienpolitik als politische Querschnittsaufgabe ablegen, sodann einen Lastenausgleich zugunsten der Familien durch höhere Kinder- und Ausbildungsabzüge in der Steuergesetzgebung ermöglichen und drittens die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung erfassen.

Neuer Lohnausweis. Der Bericht über den neuen Lohnausweis gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 23. August 2005 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 38 vom 24. September 2005, S. 2367) wurde behandelt (Kommission Wirtschaft und Abgaben unter dem Vorsitz von Bruno Schmid, Flühli) und zur Kenntnis genommen. Mit der am 24. Januar 2005 erheblich erklärten Motion M 365 von Hans Aregger hatte der Grosse Rat einen Bericht „über die Nichteinführung des neuen Lohnausweises als auch über die Weiterführung der bisherigen Verwaltungspraxis“ verlangt. Der vorliegende Bericht gibt Auskunft über die rechtliche Ausgangslage, über den neuen Lohnausweis, über die politische Diskussion auf schweizerischer und kantonaler Ebene, über das Pilotprojekt Praxistest neuer Lohnausweis sowie über das weitere Vorgehen. Die Lohnbescheinigungspflicht ist im Steuergesetz des Kantons Luzern und im Bundesrecht abschliessend geregelt. Zu dem Bericht überwies der Grosse Rat zwei Bemerkungen.

Finanzvorlage

Berufs- und Studienberatung. Der Entwurf eines Dekrets über einen Sonderkredit für die Miete von neuen Räumen für die Berufs- und Studienberatung an der Obergrundstrasse 51 in Luzern gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 25. Oktober 2005 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 47 vom 26. November 2005, S. 2896) wurde behandelt und mit 65 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Die Raumsituation am bisherigen Standort der Berufs- und Studienberatung ist schlecht und für den grossen Publikumsverkehr ungeeignet. Wegen dieser räumlichen Situation ist auch keine Optimierung der Betriebsabläufe möglich. Am neuen Standort Obergrundstrasse 51, an dem auch das Amt für Berufsbildung untergebracht ist, können Räume für eine gut organisierte Berufs- und Studienberatung gemietet werden. Dank der neuen Miete können im Vergleich zu den bisherigen Miet-, Neben- und Betriebskosten jährlich 15 903 Franken eingespart werden. Aus den betrieblichen Synergien mit dem Amt für Berufsbildung ergeben sich am neuen Standort der Dienststelle jährliche Einsparungen von rund 70 000 Franken. Mit dem Dekret bewilligte der Grosse Rat einen Kredit von total 3 652 470 Franken. Das Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 3 vom 21. Januar 2006, S. 99) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 22. März 2006.

Eintritte

Grosser Rat. An die Stelle der aus dem Rat zurückgetretenen Mitglieder Daniel Wicki, Schüpflheim, und Christoph Lengwiler, Kriens, traten Peter Bucher, Horw, und Guido Bucher, Flüfli, neu in den Rat ein.

Rücktritte

Grosser Rat. Bekannt gegeben wurde der Rücktritt von Louis Schelbert, Luzern, per 13. Februar 2006.

Obergericht. Bekannt gegeben wurde der Rücktritt von Franziska Peyer-Egli, Luzern, nebenamtliche Ersatzrichterin am Obergericht, per Ende Februar 2006.

Verwaltungsgericht. Bekannt gegeben wurde der Rücktritt von Josef Stirnimann, Ruswil, nebenamtlicher Fachrichter am Verwaltungsgericht, per 18. April 2006.

Wahlen

Kommission Justiz und Sicherheit. An die Stelle von Guido Graf, Luzern, wählte der Grosse Rat Peter Bucher, Horw, als neues Mitglied in die Kommission Justiz und Sicherheit.

Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie. An die Stelle des aus dem Rat zurückgetretenen Mitglieds Daniel Wicki, Schüpfheim, wählte der Grosse Rat Guido Bucher, Flühi, als neues Mitglied in die Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie.

Motionen

Erheblich erklärt wurden die Motionen

- M 402 von Hans Peter Pfister namens der AKK über die rasche und umfassende Umsetzung der geplanten Sicherheitsmassnahmen bei den Gerichten im Kanton Luzern,
- M 340 von Rolf Hermetschweiler, Luzern, über Bussen für Sozialhilfemissbrauch,
- M 418 von Leo Müller, Ruswil, über den Einsatz der Mittel aus der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen,
- M 419 von Peter Schilliger, Udligenswil, über die Neugestaltung der Zielwerte für das Finanzleitbild des Kantons Luzern,
- M 488 von Michael Egli, Beromünster, über die Einführung des obligatorischen Grundsatzes der vollen Kostendeckung von Leistungen mit ausserkantonalen Bezügem,
- M 474 von Heinz Dätwyler, Kriens, über die Wiederaufnahme der längerfristigen Option einer Stadt-/Trambahn Kriens in das Agglomerationsprogramm bzw. in die entsprechenden Richtpläne.

Teilweise erheblich erklärt wurden die Motionen

- M 454 von Louis Schelbert, Luzern, über den kantonalen Baubeitrag an den Gletschergarten,
- M 295 von Anton Huber, Altwis, über die Aufhebung von § 90 EGZGB (Publikation Handänderungen).

Abgelehnt wurden die Motionen

- M 343 von Louis Schelbert namens der GB-Fraktion über die Ergänzung der Kompetenzordnung bei der Wochensturentafel,
- M 398 von Peter Portmann, Kriens, über die Erarbeitung kantonaler Disziplinarrichtlinien im Zusammenhang mit Drogenkonsum,
- M 263 von Gerhard Klein, Wauwil, über die strikte und rigorose Anwendung des Gesetzes über die Niederlassung und den Aufenthalt sowie über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht,
- M 410 von Marlis Roos, Menznau, über die Änderung des Stimmrechtsgesetzes betreffend die gesonderte Auszählung der persönlichen Stimmabgaben,
- M 504 von Guido Luternauer, Schenkon, über eine Anpassung der Mutterschaftsversicherung,

- M 357 von Walter Stucki, Emmen, über die gerechte Verwendung der für den Strassenbau bestimmten Mittel aus der kantonalen Motorfahrzeugsteuer,
- M 468 von Adrian Borgula, Luzern, über ein Verbot von Auto- und Motorradrennen,
- M 446 von Pius Müller, Ruswil, über öffentliche Beschaffungen.

Zurückgezogen wurden die Motionen

- M 399 von Beat Ineichen, Neudorf, über eine Änderung des Stimmrechtsgesetzes,
- M 560 von Hans Peter Pfister, Eich, über die Erhaltung des Natur-Museums Luzern.

Postulate

Erheblich erklärt wurden die Postulate

- von Josef Dissler, Wolhusen, über die eigentumsübergreifende Zusammenarbeit im Luzerner Wald (als Motion M 450 eingereicht),
- von Rosa Rumi, Alberswil, über eine schnelle Planung und Umsetzung des nötigen Baus eines neuen Gymnasiums in der Agglomeration Luzern (als Motion M 839 eingereicht),
- von Esther Schönberger, Sursee, über keinen weiteren Abbau von Lektionen im Bildungsbereich (als Motion M 287 eingereicht),
- von Ruth Keller, Kriens, über ein Konzept für eine Reform des 9. Schuljahres (als Motion M 397 eingereicht),
- von Herbert Widmer, Luzern, über die Förderung internationaler Schulangebote im Kanton Luzern (als Motion M 541 eingereicht),
- von Pia Maria Brugger, Luzern, über die Regelung der Finanzierung des Rollstuhltaxis Lu-Tixi (als Motion M 412 eingereicht),
- von Patrick Graf, Kriens, über bezahlbare Transportmöglichkeiten für Behinderte (als Motion M 442 eingereicht),
- von Guido Müller, Honau, über die Ausweisung der Kostendeckungsgrade und die Entwicklung der Gebühren in der Staatsrechnung und im Budget (als Motion M 498 eingereicht),
- von Sibylle Lehmann, Luzern, über einen neuen Ökokredit für die landwirtschaftliche Kreditkasse (als Motion M 471 eingereicht),
- von Pius Höltschi, Aesch, über eine Standesinitiative zur Entlastung des Lastwagentransitverkehrs in den Dörfern – „Brummis auf die Autobahnen!“ (als Motion M 430 eingereicht),
- von Adrian Borgula, Luzern, über einen haushälterischen Umgang mit dem Boden (als Motion M 462 eingereicht),
- P 330 von Patrick Meier, Root, über Beiträge aus den Sport-Toto-Geldern für die Leiterausbildung J+S,
- P 293 von Ruedi Stöckli, Meierskappel, über eine neuerliche öffentliche Ausschreibung des Asylwesens im Kanton Luzern,

- P 472 von Louis Schelbert, Luzern, über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Hochschulen für den Kanton Luzern,
- P 400 von Hans Peter Pfister, Eich, über die Finanzierung des Behinderten-Taxis und weiterer NFA-Massnahmen,
- P 449 von Adrian Borgula, Luzern, über eine effektivere Förderung des Baustoffs Holz bei kantonalen Bauten,
- P 467 von Peter Lerch, Emmen, über die Nachrüstung der Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs,
- P 475 von Walter Stucki, Emmen, über mehr Verkehrssicherheit auf der Kreuzung Waltwil in der Gemeinde Emmen,
- P 479 von Ruedi Amrein, Malters, über die Lösung des Verkehrsknotens Seetalplatz,
- P 473 von Albert Vitali, Oberkirch, über die Vereinfachung und Steigerung der Wirksamkeit der Wirtschaftsförderung,
- P 485 von Heidi Lang-Iten, Ermensee, über den Ausstieg des Kantons Luzern aus der Standortpromotion Zentralschweiz,
- P 547 von Christian Forster, Büron, über die Erstellung eines Verkehrsprogramms für ländliche Zentren und Regionen.

Teilweise erheblich erklärt wurden die Postulate

- M 466 von Sibylle Lehmann, Luzern, über eine finanzielle Belohnung von Gemeinden beim Erreichen eines höheren Modalsplits (als Motion M 466 eingereicht),
- P 217 von Thomas Willi, Emmen, über den Instrumental- und Gesangsunterricht an den kantonalen Mittelschulen,
- P 246 von Josef Dissler, Wolhusen, über die Schaffung einer naturwissenschaftlichen Berufsmaturität in Schüpfheim,
- P 421 von Odilo Abgottspon, Luzern, über die finanzielle Unterstützung des Projektes Gletschergarten durch den Kanton Luzern,
- P 422 von Odilo Abgottspon, Luzern, über die Gleichbehandlung aller Luzerner Museen,
- P 381 von Michael Egli, Beromünster, über eine elektronische Gesundheitskarte im Kanton Luzern,
- P 590 von Armin Steiner, Root, über die genügende Anzahl von Pilotklassen im Projekt Basisstufe,
- P 592 von Felicitas Zopfi-Gassner, Luzern, über die Ausweitung des Pilotversuchs Basisstufe auf die Agglomeration,
- P 499 von Guido Müller, Honau, über eine gesetzeskonforme Festlegung von Gebühren,
- P 458 von Hansruedi Kurmann, Emmen, über den Kiesabbau im Reusszopf Littau.

Abgelehnt wurden die Postulate

- P 425 von Patricia Schaller, Sursee, über das Erstellen eines schriftlichen Deutschtestes für Einbürgerungsverfahren durch den Kanton für die Gemeinden,
- P 404 von Odilo Abgottspon, Luzern, über einen Stopp bei den Gebührenerhöhungen,
- P 469 von Peter Lerch, Emmen, über eine Studie zum volkswirtschaftlichen Nutzen einer Schienenanbindung für die Gemeinde Kriens.

Anfragen

Schriftlich beantwortet wurden die Anfragen

- A 121 von Louis Schelbert, Luzern, über den Vollzug des Jugendschutzes im Gastgewerbe,
- A 339 von Urs Dickerhof, Emmen, über die Anwendung des Bundesgesetzes über den Aufenthalt und die Niederlassung der Ausländer,
- A 448 von Adrian Borgula, Luzern, über Volksrechte bei Verzichtsplannungen und Kreditbeschlüssen,
- A 495 von Hans Luternauer, Reiden, über den Missbrauch unseres Sozialstaates,
- A 501 von Peter Portmann, Kriens, über islamischen Terror,
- A 493 von Gerhard Klein, Wauwil, über die wirklichen Kosten für das ganze Asylwesen im Kanton Luzern,
- A 415 von Gerhard Klein, Wauwil, über Ergänzungsleistungen für IV-Bezüger,
- A 444 von Christoph Portmann, Luzern, über Benchmarking im Kanton Luzern,
- A 411 von Rolf Hermetschweiler, Luzern, über die Unterstützung von Behindertentaxis,
- A 367 von Benjamin Kunz, Hergiswil, über die Erhöhung von Gebühren und Abgaben beim Strassenverkehrsamt seit dem 28. November 2004,
- A 455 von Franz Wüest, Ettiswil, über den Verkauf von staatseigenen Parzellen im Wauwilermoos,
- A 492 von Damian Meier, Wolhusen, über die Umsetzung der interkantonalen Zusammenarbeit im Bereich des neuen Finanzausgleichs und der neuen Aufgabenteilung,
- A 537 von Walter Stucki, Emmen, über die Rechnungslegung von Betrieben, die durch die öffentliche Hand geführt werden, sich aber eigentlich in der Privatwirtschaft befinden,
- A 539 von Beat Ineichen, Neudorf, über den Verkauf des Staatsgrundstückes Nr. 823, Grundbuch Luzern, rechtes Ufer (Seeburg),
- A 348 von Christian Forster, Büron, über die Prioritäten von Investitionen im Strassenbauprogramm 2003-2006,
- A 355 von Heinz Dätwyler, Kriens, über die Auswirkungen der abgelehnten Steuererhöhung für Motorfahrzeuge,
- A 487 von Christoph Lengwiler, Kriens, über Massnahmen zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs von und nach Kriens,
- A 526 von Adrian Borgula namens der GB-Fraktion über den Vorprüfungsbericht des Bundesamtes für Raumentwicklung zum Agglomerationsprogramm,
- A 536 von Daniela Kiener, Kriens, über die Tempoerhöhung auf dem Teilstück der A 2 Kriens–Horw,
- A 497 von Peter Portmann, Kriens, über die Arbeitslosenversicherung und Auslandschweizer,
- A 426 von Leo Müller, Ruswil, über die Bewilligungspraxis bei Um- und Neubauten in der Landwirtschaft,
- A 483 von Felicitas Zopfi-Gassner namens der SP-Fraktion über das Verbandsbeschwerderecht,

- A 565 von Odilo Abgottspon, Luzern, über das Verbandsbeschwerderecht im Kanton Luzern,
- A 433 von Markus Gehrig, Luzern, über ESP und Fahrtenmodell,
- A 556 von Heinz Dätwyler, Kriens, über die Luzerner Beteiligung am S-Bahn-Doppelspurausbau Rotkreuz-Cham.